

GUTEMALA
Bunte Vielfalt
nur für die
Tourist*innen
(Seite 24)



Auf die Goldwaage Wie gerecht ist Freihandel?

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

sie schießen in den letzten 25 Jahren zu Dutzenden aus dem Boden, treiben abertausende Menschen auf die Straßen und ihr Entstehungsprozess ist ebenso undurchsichtig wie die Abkürzungen, hinter denen sie sich verbergen: Freihandelsabkommen. Politiker*innen, die Freihandel als einzigen Ausweg aus einem ungesunden nationalen Protektionismus propagieren, haben extremen Rückenwind, seit der allseits kritisierte, neue US-Präsident polternd genau das Gegenteil behauptet.

Aber wehe denen, die sich von Trumps einfacher Rhetorik anstecken lassen und die Debatte schwarz-weiß malen, frei nach dem Motto: Protektionismus ist böse, dann ist Freihandel gut!

Die indische Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva, kann sich ähnlich klar ausdrücken wie Donald Trump, allerdings ohne die Komplexität der Wirklichkeit auszublenden. Sie sagt: „Freihandel ist nicht Anti-Protektionismus. Es ist der Protektionismus der Mächtigen.“ Die politischen Eliten und großen Konzerne machen diese Verträge und sie schützen damit ihre Interessen.

Die Folgen beschreibt der argentinische Ökonom Enrique Dussel im Interview mit der taz am Beispiel des Freihandelsvertrages NAFTA zwischen Mexiko, Kanada und den USA: „Es gibt [in Mexiko] eine kleine Gruppe von Unternehmen, Sektoren, Regionen, die sehr großen Nutzen daraus gezogen haben. Die anderen 99 Prozent nicht.“ Ein großer Heilsbringer ist Freihandel also nicht. Trotzdem sind sich die meisten Fachleute einig:

NAFTA zu beenden, wie Donald Trump es in Erwägung zieht, wäre für Mexiko auch nicht gut. Die Automobilindustrie und die wenigen anderen exportorientierten Branchen, die mit NAFTA gestärkt wurden, würden zusammenbrechen.

Das ist verwirrend, vor allem für diejenigen, die seit Jahren auf die Straße gehen und lautstark fordern, TTIP und CETA (Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada) zu stoppen. Denn sie hören ihre Worte jetzt aus dem Mund des rechten US-amerikanischen Präsidenten.

Ist Trump auf unserer Seite? Mitnichten. Sowohl bei Trump mit seinem Ruf nach „gerechten, bilateralen Handelsverträgen [...]“, die Arbeitsplätze und Industrien zurück nach Amerika bringen“, als auch bei dem neoliberalen Freihandelsmodell stehen die Interessen der Unternehmen im Mittelpunkt. Menschenrechte, Umweltschutz und die Interessen der „unteren 99 Prozent“ spielen bei beiden keine Rolle. Doch genau dafür stehen wir, unsere Partner*innen und die Menschen, die gegen Freihandelsabkommen demonstrieren, ein. Wir fordern die Politik auf, sich ihrer Verantwortung für die Bevölkerung aller betroffenen Länder bei den Verhandlungen um Freihandelsverträge bewusst zu sein. Damit möchten wir den Spielraum der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung einer global gerechten Wirtschaftsordnung dies- und jenseits des Atlantiks offen halten.

Eine interessante Lektüre wünscht
Ihr CIR-Team



Titelbild von James Rodríguez: Mutter und Tochter verkaufen Kaffee auf dem lokalen Markt in Rabinal, Guatemala. Dafür brauchen sie kein internationales Abkommen. Dennoch wird auch ihr Leben von den Freihandelsverträgen ihres Landes beeinflusst.

THEMA

Wie gerecht ist Freihandel?

4 KATHRIN HARTMANN
Guter Handel, böser Handel!

8 ISABELL ULLRICH (CIR)
Freihandel misst mit zweierlei Maß
Zwei Fälle aus Mittelamerika



MITTELAMERIKA

Länderberichte

18 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
HONDURAS
Wo Journalismus und Aktivismus zusammengehen
Unser Partner Radio Progreso

21 MAIK PFLAUM (CIR)
EL SALVADOR
Freiräume nutzen
Reisebericht

24 ANGELINA ASPUAC
GUATEMALA
Bunte Vielfalt nur für die Tourist*innen
Maya kämpfen für kollektives Eigentum

9 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Versuchslabor für Freihandelsfantasien
Interview mit Pedro Landa

12 MAKUS PLATE
Ein Vertrag zu Gunsten weniger
Die Auswirkungen von CAFTA auf Mittelamerika

KAMPAGNE

27 ANNA BACKMANN (CIR)
Kampagnen-Erfolg:
ThyssenKrupp's erster Schritt Richtung Menschenrechte

ÜBER UNS

30 TERMINE:
Kirchentag und CIR-Herbsttagung

31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (cir@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!



THEMA 4-15



18



24



27

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann, Canan Barski,
Kirsten Clodius, Thomas Krämer,
Anne Nibbenhagen, Maik Pflaum,
Albrecht Schwarzkopf, Anil Shah,
Isabell Ullrich (Vi.S.d.P.),
Christian Wimberger
Lektorat: Isabell Ullrich
Layout: Edith Jaspers
Druck: Druckservice Roxel,
Münster, März 2017
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Die Veröffentlichung der presente wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Guter Handel, böser Handel?

Seit Donald Trump nationalistischen Protektionismus propagiert, werden Freihandelsabkommen als faire Alternative gehandelt. Das ist falsch und gefährlich.

TEXT: KATHRIN HARTMANN

„**W**er, wenn nicht wir, muss deshalb für einen fairen und freien Handel einstehen?“, fragte Brigitte Zypries nach ihrer Verteidigung zur Wirtschaftsministerin – und meinte das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der Europäischen Union. „Ein fairer Freihandel ist in Zeiten eines stärker werdenden Protektionismus vor allem in den Vereinigten Staaten wichtiger denn je“, sagte selbst Grünen-Chef Cem Özdemir. Ein „nachverhandeltes CETA“, meint Özdemir, sei ein „starkes Signal für freien und fairen Handel“.

Dass das Handelsabkommen, das Millionen EU-Bürger*innen ablehnen, weil es die Demokratie zugunsten der Profitinteressen von Konzernen aushöhlt, als „fairer Handel“

bezeichnet wird – diese Moralisierung ist perfide. Doch seit US-Präsident Donald Trump gemäß seinem Motto „America first“ auf Abschottung setzt und mit Strafzöllen droht, gilt: Protektionismus ist böse, Freihandel ist gut, wer letzteren ablehne, befürworte nationalistischen Protektionismus à la Trump.

Diejenigen, die heute den Freihandel gegen die neue US-Politik in Stellung bringen – darunter Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel –, warfen noch vor kurzem den Gegner*innen von TTIP „Anti-Amerikanismus“ vor. Andere diffamierten den Protest als rechts, weil Teile der AfD plötzlich auch dagegen waren. Dabei gibt es nichts, was die Masse der TTIP- und CETA-Gegner*innen mit Nationalisten eint. Der zivilgesellschaftliche

Tausende Menschen in der ganzen EU wehren sich, wie hier in Berlin, gegen TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU.



Protest geht Hand in Hand mit Aufklärungskampagnen von demokratischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die in dutzenden Studien belegten, dass Freihandels- und Investitionsschutzabkommen Umwelt- und Sozialstandards senken, die Länder des Südens benachteiligen und Konzernprofite auf Kosten von Menschenrechten schützen. Um Menschenrechte geht es aber weder Donald Trump und sonstigen Nationalisten, noch spielen sie eine Rolle in Freihandelsabkommen.

Protektionismus vs. Freihandel? Weder noch!

Sie sind nicht das Gegenteil von Protektionismus, sondern Machtinstrumente, mit denen sich reiche Länder Privilegien sichern und ihre Profitinteressen schützen. Die Europäische Union tut dies besonders aggressiv: Um sich den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ zu sichern, schließt die EU zunehmend Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit roh-

stoffreichen Ländern. Mehr als 30 hat sie abgeschlossen und verhandelt weitere 27 mit dem Ziel, Zölle, Subventionen, Ausfuhrbeschränken oder Exportsteuern aus dem Weg zu räumen.¹ So setzte die EU 2012 im Assoziationsabkommen ADA mit Honduras, Nicaragua, Panama, Guatemala, Costa Rica und El Salvador ein Verbot aller geltenden und künftigen Ausfuhrabgaben durch. Auch Ausfuhrbeschränkungen sind verboten, während europäischen Firmen weitreichender Marktzugang gewährt wird.²

Viele der ressourcenreichen Länder erzielen einen großen Teil ihrer Außenhandelslöse über den Export von unverarbeiteten Rohstoffen. Fallen die Exportsteuern weg, fehlt nicht nur Geld für Infrastruktur, Bildung und Gesundheit – die Länder bleiben abhängig vom Norden. Ausfuhrbeschränkungen und Zölle sind aber für die Länder des Südens ein wichtiges Instrument, um Umweltstandards zu etablieren, eine eigene Rohstoffverarbeitung aufzubauen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Zivilbevölkerung >

1) Nicola Jaeger, Powershift (Hrsg.) „Alles nur für uns!? Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung“, Berlin 2015, S. 40 f

2) Ebenda S. 43



Mit Freihandelsabkommen sichern sich die Länder des Nordens gute Konditionen für den Handel, z.B. mit Bananen aus Honduras für jährlich 250 Millionen Dollar...

zu schützen — etwa indem sie darüber entscheiden, ob die Rohstoffe nicht besser im Boden bleiben (Seite 8).

Der ugandische Ökonom Yash Tandon, der seit Jahrzehnten die Interessen afrikanischer Staaten bei Verhandlungen der Welt Handelsorganisation vertritt, beschreibt die Ideologie des Freihandel als Neo-Kolonialismus: „Die Ironie dabei ist, dass diese Theorie des freien Marktes nur für die Länder des Südens Gültigkeit haben soll“, schreibt er in seinem Buch „Handel ist

Krieg“.³ Tatsächlich aber würden die Länder des Nordens „ungeachtet ihrer eigenen Reden protektionistische Maßnahme, staatliche Subventionen und all die anderen ‚Maßnahmen‘ geschlossener Ökonomien nutzen.“ Die Industrieländer wurden nämlich nicht durch Freihandel reich: Sie bauten ihre Zölle erst ab, nachdem ihre eigene Industrie keine Konkurrenz mehr fürchten musste. Die USA etwa erhoben im Schnitt Zölle zwischen 35 und 50 Prozent. Erst nach 1950 sanken sie kontinuierlich.⁴ Auch die Europäische Union setzt auf Protektionismus, um die eigene Wirtschaft zu schützen: zum Beispiel mit Agrarsubventionen von jährlich 70 Milliarden Euro, mithilfe derer Fleisch und Gemüse zu Dumpingpreisen auf afrikanische Märkte geschafft werden und dort die lokale Wirtschaft ruinieren.

Viele der EU-Abkommen beinhalten umstrittene Schiedsgerichtsverfahren, in denen Investoren Staaten verklagen können, sollten sie ihre Investitionen und Gewinne gefährdet sehen. In den Jahren 2005 bis 2015 gab es 94 Klagen in der Kategorie Öl, Gas und Bergbau. Die meisten Kläger kommen aus OECD-Ländern, zwei Drittel aus der EU. Oft richten sich die Klagen mit Milliardenforderungen gegen staatliche Maßnahmen,



...die Arbeiter*innen zu Hungerlöhnen verpacken.

3) Yash Tandon, „Handel ist Krieg. Nur eine neu Wirtschaftsordnung kann die Flüchtlingsströme stoppen“, Köln 2016, S. 51

4) Ulrike Hermann, Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.), „Freihandel — Projekt der Mächtigen“, Brüssel 2014, S. 10

die aus wirtschaftlichen, ökologischen und gesundheitlichen Gründen im öffentlichen Interesse stehen.

So hatte etwa das australische Unternehmen OceanaGold die Regierung von El Salvador auf 314 Millionen US-Dollar Schadenersatz verklagt. Sie hatte dem Konzern keine Schürfrechte für eine Mine erteilt, weil mit erheblicher Umweltverschmutzung zu rechnen war. Zwar wies die Weltbank die Klage nach Jahren des Streits ab, der Konzern sollte die acht Millionen Dollar Prozesskosten übernehmen. Doch bis heute hat OceanaGold keinen Cent bezahlt.⁵ Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung können jedoch vor keinem Schiedsgericht klagen. Ihnen bleiben allenfalls weiche Instrumente wie Beschwerdemechanismen (Seite 8).

Eine gerechte Handelspolitik, die die Rechte von Menschen in den Mittelpunkt stellt und Unternehmen rechtsverbindliche Pflichten auferlegt, ist mehr als nötig. Gesetze zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten, wie sie die Vereinten Nationen in ihren Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte vorsehen, sind überfällig. Dagegen hat sich die Bundesregierung im Dezember entschieden. Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte enthält keine derartigen verbindlichen Vorgaben für deutsche Firmen. Dabei hat der Exportweltmeister weltweit 156 Investitionsschutzabkommen abgeschlossen – mit 139 bilateralen Abkommen die meisten der Welt – und liegt mit 40 Investor-Staats-Klagen auf Platz vier der Staaten, aus denen Investoren andere Staaten vor Schiedsgerichten verklagen.⁶

Die Münchner Journalistin Kathrin Hartmann arbeitete u.a. bei der Frankfurter Rundschau und dem Magazin Neon und hat mit „Ende der Märchenstunde“, „Wir müssen leider draußen bleiben“ und „Aus kontrolliertem Raubbau“ schon drei konsum- und freihandelskritische Bücher geschrieben.



„Jetzt kenne ich meine Rechte und kann anderen helfen“

In den vergangenen 20 Jahren entstanden dank ausbeuterischer Arbeitsbedingungen und Freihandelsabkommen in ganz Nicaragua Weltmarktfabriken für Bekleidung. Unsere Partnerorganisation María Elene Cuadra (MEC) kämpft dort für Arbeit in Würde – gemeinsam mit Betroffenen, wie zum Beispiel Perla Wilson:

„Als ich zum MEC kam, war ich 16 Jahre alt, und ich wusste nichts über meine Arbeitsrechte. Jetzt bin ich 27 und dank der regelmäßigen Fortbildungen des MEC eine neue Person. Ich kann anderen Frauen helfen, die ihre Rechte nicht kennen. Und ich fordere sie auf, sich weiterzubilden und die Augen nicht vor der Wirklichkeit zu verschließen.“

In einem neuen Projekt will das MEC 450 weitere Promotorinnen wie Perla Wilson ausbilden. Dafür haben wir 17.100 Euro zugesagt.

Mit einer Spende von 38 Euro können Sie die Teilnahme einer Arbeiterin an einer zweitägigen Schulung sichern.

Stichwort » MEC «

5) www.telesurtv.net/english/news/Mining-Company-Set-to-Back-Out-of-Paying-Fine-to-El-Salvador-20170214-0026.html

6) www.unctad.org/en/PublicationsLibrary/webdiaepcb2016d4_en.pdf

FREIHANDEL MISST MIT ZWEIERLEI MASS

TEXT: ISABELL ULLRICH (CIR)

Für Unternehmen: Schiedsgerichte

Freihandels- und Investitionsschutzabkommen stärken außerstaatliche internationale Schiedsgerichte, vor denen Unternehmen klagen können, wenn sie ihre Rechte durch ein nationales Gesetz verletzt sehen.



DER FALL OCEANAGOLD

2009 verklagte OceanaGold (ehemals Pacific Rim) den Staat El Salvador, weil dieser ihm aus Umweltschutzgründen keine Genehmigung zum Goldabbau erteilte. 314 Millionen US-Dollar wollte das Unternehmen haben, als Entschädigung für entgangene zukünftige Gewinne. Im Oktober 2016 lehnte der Schiedsgerichtshof der Weltbank (ICSID) die Klage des Unternehmens zwar ab. OceanaGold hat aber noch immer nicht die acht Millionen Prozesskosten an die Regierung zurückgezahlt. Stattdessen betreibt es vor Ort weiter Propaganda für seine Mine. Auf diese Weise hat es bereits in der Vergangenheit Konflikte in Gemeinden geschürt, in dessen Folge fünf Bergbaueegner*innen ermordet wurden.

Gemeinsam mit unserem salvadorianischen Partner CRIPDES und 280 weiteren internationalen Organisationen fordern wir OceanaGold in einem offenen Brief auf, die Kosten zu erstatten und das Land zu verlassen.

Mehr dazu unter:
www.ci-romero.de/rohstoffe_StopMadMining

Unterstützen Sie CRIPDES, das sich immer wieder mutig den Bergbauriesen entgegenstellt.

Stichwort » CRIPDES «

Für Menschen: Beschwerde-Mechanismen

Sieht die Zivilgesellschaft ihre Rechte verletzt, kann sie nicht vor die Schiedsgerichte ziehen. Das einzige Instrument ist eine Beschwerde.



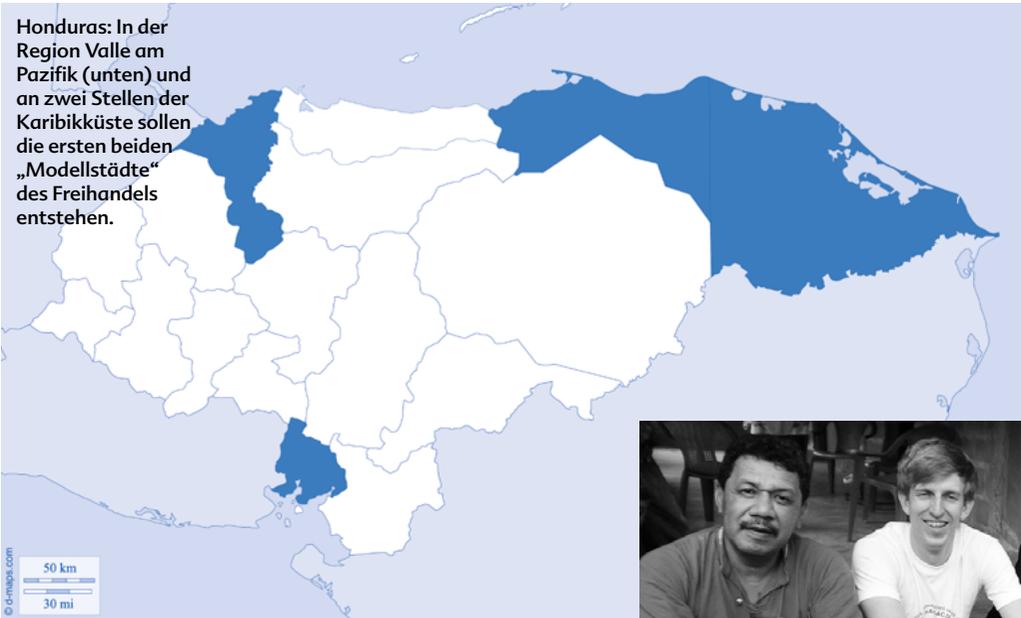
DER FALL ZONA SUR

Einige honduranische Gewerkschaften und NGOs haben mit Unterstützung des US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands Beschwerde eingelegt, weil die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen in der Zona Sur nicht den Mindeststandards im Freihandelsabkommen CAFTA entsprachen. Inspektionen auf den betroffenen Plantagen bestätigten die vertragswidrigen Umstände. Die Konzerne bekamen eine geringe Mahngebühr auferlegt, beglichen sie schulterzuckend – und zahlen weiter unter Mindestlohn. Für regelmäßige Kontrollen hätte der honduranische Staat, selbst wenn er wollte, keine Ressourcen – da der Obst-Export in die USA und die EU steuerbefreit ist, bleibt beim Staat nichts für derlei Infrastruktur hängen.

Mehr dazu unter:
www.ci-romero.de/honduras



Honduras: In der Region Valle am Pazifik (unten) und an zwei Stellen der Karibikküste sollen die ersten beiden „Modellstädte“ des Freihandels entstehen.



Pedro Landa (links) neben Christian Wimberger

Versuchslabor für Freihandelsfantasien

Die Regierung von Honduras forciert den Ausverkauf mit „Modellstädten“

In den Sonderwirtschaftszonen Mittelamerikas genießen internationale Textil- und Agrarkonzerne seit den 1990ern Steuervergünstigungen und Zollfreiheit. Treibt man die Ideologie des freien Handels auf die Spitze, befreit sich die Wirtschaft immer mehr von politischen Regeln. Die Regierung von Honduras will jetzt „Modellstädte“ gründen, in denen sie die politische Macht fast komplett an Unternehmen abtritt. Pedro Landa von unserer Partnerorganisation ERIC/Radio Progreso warnt vor den Folgen, die Modellstädte für die Gesellschaft haben können.

INTERVIEW UND ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

„ Pedro, worin besteht das Konzept dieser „Modellstädte“?
Die „Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung“ (spanische Abkürzung: ZEDE) oder Modellstädte sind quasi kleine Staaten innerhalb des Staates.

Es handelt sich um Gebiete, die an Dritte abgegeben werden, unter dem Vorwand die internationale Konkurrenzfähigkeit des Landes zu steigern. Die Besitzer*innen der ZEDes werden laut Gesetz befugt sein, ihr eigenes Verwaltungssystem einzuführen, >



Informierte Bürger*innen in Honduras sagen entschieden „NEIN zu Modellstädten“.

eigene Gesetze zu verabschieden und eine eigene Gerichtsbarkeit. Sie können auch selbst internationale Freihandels- und Kooperationsverträge abschließen, die dann nur noch vom honduranischen Kongress abgesegnet werden müssen.

Wir sehen in dem Gesetz zu den Modellstädten einen Akt des Landesverrats. Die außerparlamentarische Opposition erreichte 2012 vor dem Verfassungsgericht, dass das Gesetz für verfassungswidrig erklärt wurde. Juan Orlando Hernández, der damalige Präsident des Kongresses und heutige Präsident der Republik, verklagte die kritischen Richter*innen daraufhin wegen vermeintlicher Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Diese Klage gipfelte nach dem Putsch 2009 in eine Art neuen Staatsstreich: Vier Verfassungsrichter*innen wurden illegal entlassen. Das Parlament hat das Gesetz daraufhin mit nur wenigen kosmetischen Anpassungen neu verabschiedet.

Warum sind die Modellstädte so besorgniserregend?

Weil das Gesetz erlaubt, ganze Territorien an mehrere Länder oder transnationale Konzerne abzutreten. In diesen Zonen genießen die neuen Besitzer Narrenfreiheit bei der Rechtssetzung, um Investitionen anzulocken. In einer Gesellschaft wie der in Honduras,

die enorme wirtschaftliche, soziale und politische Probleme hat, werden die Modellstädte die soziale Ungleichheit ins Unerträgliche steigern. Sie zu errichten, wird mit enormen sozialen Kosten verbunden sein. Sie werden Zwangsvertreibungen legalisieren, wodurch die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft zerstört wird. Zudem können sie die wenigen arbeitsrechtlichen Errungenschaften zurücknehmen und die Ausbeutung verstärken. In den bisherigen Sonderwirtschaftszonen konnten die Textilarbeiter*innen zumindest grundlegende Rechte wie Gewerkschaftsfreiheit erkämpfen.

Wer profitiert davon?

Der Rechtsexperte Carlos Hernández sagt dazu, die Modellstädte seien ein zynischer Plan der Oligarchie, die sich überlegen fühle und hinter dem Rücken des Rechtsstaats handle. Sie seien eine neue Maske der Enklavenwirtschaft, mit der transnationale Unternehmen zusammen mit den Mächtigen des Landes ihre Herrschaft durchsetzen wollten.

Inwiefern haben die Modellstädte mit Freihandel zu tun?

Die ZEDEs erlauben die größtmögliche Freiheit für Investitionen und Handel. Das Modell basiert auf der Annahme, dass das

Land auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger wird, wenn Investitionen nicht mehr reguliert werden. Mehr Investitionen werden einfach mit mehr Wohlstand gleichgesetzt. Tatsächlich wird so aber ein Sektor von privilegierten Konzernen geschaffen. Und das nicht nur gegenüber den Menschen: Unternehmen außerhalb der ZEDEs müssen dagegen mit den normalen Gesetzen und Steuersätzen des Landes zurechtkommen.

Wie weit ist der Plan für die Modellstädte schon vorangeschritten?

2014 gaben die Regierung und die südkoreanische Entwicklungsagentur KOIKA eine Machbarkeitsstudie bei dem Unternehmen Posco Plantec in Auftrag. Darin geht es um eine erste Modellstadt im Bezirk Valle an der Pazifikküste. Dort soll noch 2017 ein Industriepark mit der ersten Metallschmelze Mittelamerikas und einem Hochseehafen entstehen. An der Karibikküste sollen zwei weitere ZEDEs mit den Schwerpunkten Erdölraffinerie und Tourismus aus dem Boden gestampft werden. Dafür hat die Regierung bereits mit dem 150 Millionen US-Dollar teuren Ausbau der Infrastruktur begonnen. Ein touristischer und logistischer Korridor sollen bereits 2018 fertiggestellt werden.

Wie reagieren die Gemeinden, die von den Modellstädten betroffen sind?

Ein Teil der indigenen, afrohonduranischen und kleinbäuerlichen Gemeinden glaubt an die falschen Versprechen der Regierung von Wohlstand und Entwicklung. Wenn aber Menschenrechtsorganisationen wie wir sie informieren, über die wirklichen Bestimmungen des Gesetzes, gehen sie oft dazu über, Widerstand zu leisten. Die Gemeinden der Garifuna (Afrohonduraner*innen) zeigen unter dem Dachverband OFRANEH ihre entschiedene Ablehnung der Modellstädte durch Protestmärsche, Mahnwachen, Volksparla-

mente und Gerichtsklagen gegen Politiker*innen. Die lokalen Regierungen und die Basis der traditionellen Parteien halten aber weiterhin voll und ganz an den Plänen fest. Wir als ERIC und Radio Progreso stimmen da gänzlich mit der im März 2016 ermordeten Aktivistin Berta Cáceres überein: ‚Es ist widersinnig, Modellstädte inmitten einer Gesellschaft von Lumpen zu errichten!‘



Keine Experimente!

Das Equipo de Monitoreo Independiente de Honduras (Unabhängiges Monitoring-Team Honduras), EMIH, macht sich seit 1997 für Arbeitsrechte stark. EMIH engagiert sich gegen den unbegrenzten Wettbewerb auf Kosten der Arbeiter*innen. Sie wollen verhindern, dass in abgeschirmten Zonen Unternehmen den Platz von Regierungen einnehmen und ihre eigenen Regeln schaffen.

EMIH schaut den Unternehmen auf die Finger und bringt Arbeitsrechtsverletzungen ans Tageslicht, zum Beispiel über Beiträge im Radio. Damit erreichen sie die breite Bevölkerung. Zwei Sendungen kosten monatlich 277 Euro.

Honduras darf nicht zum Experimentierfeld werden! Unterstützen sie die Aufklärungsarbeit von EMIH.

Stichwort » EMIH «



José María Villalta warnte schon vor CAFTA, dass der Freihandel in Costa Rica hauptsächlich Verlierer*innen produzieren werde. Doch nun stehen überall Walmarts Supermärkte und diktieren die Lebensmittelpreise.

Ein Vertrag zu Gunsten weniger

Die Auswirkungen des Freihandelsabkommens CAFTA auf Mittelamerika

Während Donald Trump mit Mexiko um das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA streitet, steht das CAFTA-Abkommen zwischen den USA und den Ländern Zentralamerikas bislang nicht zur Disposition. Dadurch sollten zwischen Guatemala und Costa Rica hunderttausende Jobs geschaffen und die ganze Region aus der Armut geholt werden. Doch heute zeigt sich: Die negativen Auswirkungen des CAFTA-Abkommens überwiegen. TEXT: MARKUS PLATE

Fertigprodukte aus dem Kühlregal, asiatische Gewürzmischungen, extravagante Brotaufstriche, günstigere Körperpflegeprodukte, internationale Biersorten: Verglichen mit vor zehn Jahren warten Zentralamerikas Supermärkte heute mit einer ungeheuren Angebotsvielfalt auf. CAFTA macht es möglich, das Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika und den USA. Der damalige US-Präsident George W. Bush sprach 2005 von blühenden Landschaften: CAFTA werde

in Zentralamerika die Armut verringern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Nicht ohne Eigennutz. Denn „entsprechend weniger Menschen werden auf der Suche nach einem Job auf illegale Weise zu uns kommen.“

Heute weiß man: CAFTA hat die Migration Richtung USA nicht gestoppt, sie ist sogar noch mächtig angeschwollen. Die Armut ist nicht geringer geworden, die Gewalt im nördlichen Dreieck Guatemala, Honduras und El Salvador hat stark zugenommen.



Sandra Moran, Künstlerin, Feministin und Freihandelsgegnerin in Guatemala-Stadt, sieht im Freihandelsvertrag nur für Wenige Vorteile. Gewonnen hätten in Guatemala nur die Zuckerindustrie und die traditionellen Familien mit ihren Unternehmen. Das ländliche Guatemala dagegen stehe unter dem Druck von Staudamm- oder Bergbauprojekten und von Monokulturen wie der Ölpalme. So fehle immer mehr Land für die Produktion von Lebensmitteln. Und das werde verschärft durch die Präsenz von transnationalen Unternehmen, die die Wasservorräte aufkaufen.

Trump spräche von Ausplünderung

Die Exporte Guatemalas Richtung USA liegen heute unter dem Niveau von vor CAFTA. Im Jahr 2015 lagen Zentralamerikas Importe aus den USA bei 23 Milliarden US-Dollar, die Exporte jedoch nur bei neun. Wäre es umgekehrt, Donald Trump würde von Ausplünderung sprechen. Allen Studien zufolge hat CAFTA Guatemala weder mehr, noch bessere Jobs gebracht.

Costa Rica rühmt sich zumindest damit, durch CAFTA renommierte internationale Unternehmen ins Land geholt zu haben. Intel, HP oder Amazon. Sie alle sind in Zonas Franjas untergebracht, Sonderwirtschaftszonen, in denen man steuerfrei wirtschaften kann. Der

Nutzen für Costa Rica besteht vornehmlich in den Arbeitsplätzen, die hier geschaffen worden sind. Obwohl die Arbeitsbedingungen oftmals mies sind. Lange Arbeitszeiten, wenig Urlaub und oft keine gute Entlohnung.

Viele haben das vorhergesehen: So hatte das Freihandelsabkommen in den Jahren vor dem Inkrafttreten am 1. Januar 2009 eine beispiellose Protestwelle ausgelöst. Einer der bekanntesten Freihandelsgegner Costa Ricas ist der junge, zweifache Familienvater José María Villalta. Er war zur Zeit der Verhandlungen und der Volksabstimmung Abgeordneter für die linke Frente Amplio im costaricanischen Parlament und 2014 sogar Präsidentschaftskandidat. Wie bei TTIP seien auch bei CAFTA die Verhandlungen intransparent gewesen, sagt er. Nicht einmal Abgeordnete hätten die Verhandlungen einsehen können. Und das Parlament habe von Anfang an kein Recht gehabt, rote Linien bei den Verhandlungen einzuziehen. So seien die Rechte des Parlaments und somit die Demokratie beschnitten worden.

Nach 8 Jahren Freihandel sind die Ergebnisse bestenfalls gemischt. Für viele ist das Leben einfach nur viel teurer geworden. Das sagt auch Mary León Zuñiga. Die Mitfünfzigerin ist eine klassische Vertreterin einer einstmaligen großen Mittelschicht, die das Land von seinen Nachbarn unterscheidet. >



Die Fruchtbarkeit der Region Zacapa in Guatemala speist sich aus zwei großen Flüssen und den Bergwäldern. Beide sind durch das Exportgeschäft bedroht.



Macht und Reichtum seien heute in den Händen Weniger konzentriert. Armut habe es auch früher gegeben, aber nicht diese gewaltigen Unterschiede. Diese Unterschiede hätten die Kriminalität befeuert. Und auch sonst lebten die Costa-Ricaner*innen heute unter Druck: Das Leben werde teurer, das Gesundheitssystem immer schlechter, die Rentenkasse drohe zu kollabieren. Das alles seien Folgen dieser Wirtschaftspolitik.

Walmart statt Wohlstand

Ein Einkauf in den so gut sortierten Supermärkten von San José verschlingt heute mehr als im reichen Europa. Ein Grund für die hohen Preise: Dem US-amerikanischen Konzern Walmart gehören mittlerweile fast alle Supermärkte, nicht nur in Costa Rica, auch im Rest Zentralamerikas. Auch auf dem Land ist die Lage alles andere als rosig: Durch den Freihandel haben sich Monokulturen immer weiter ausgedehnt. Costa Rica ist heute, als Folge der Freihandelsabkommen, einer der größten Ananans-Exporteure der Welt. Viele der Arbeiter*innen waren früher kleine Landbesitzer*innen, die bescheiden über die

Runden kamen. Erst brach die staatliche Förderung weg, dann kamen die Ananas-Unternehmen, boten eine schöne Stange Geld und Viele verkauften ihr Land. So wurden sie zu Tagelöhner*innen, die die Frucht so billig produzieren, dass sie in Deutschland – dank des Freihandelsabkommens ADA zwischen EU und Mittelamerika – schon für einen Euro pro Stück zu haben ist. Den Preis zahlt Costa Rica, über Niedrigstlöhne und massiven Pestizideinsatz, der ganze Landschaften vergiftet.

Guatemalas Provinz Zacapa liegt im trockenen, heißen Osten des Landes, aber durch zwei große Flüsse ist sie gleichzeitig wasserreich. In Flussnähe werden Bananen, Ananas, sogar Weintrauben angebaut, dazu Tomaten, Paprika und Maniok, die Viehwirtschaft hat große Bedeutung. Die Flüsse speisen sich aus den wolkenverhangenen, bewaldeten Bergen in der Umgebung von Zacapa. In diesen Bergen arbeitet Pfarrer José Pilar Álvarez Cabrera. In der Gemeinde des 54-jährigen leben 350 Menschen und fast alle sind Maya Chort'i, Indigene aus den Bergdörfern. „Die Chort'i Maya

sind sehr geeint und gut organisiert, die Landwirtschaft wird kollektiv und nachhaltig betrieben, sie sehen sich als die Hüter*innen der Bergwälder“, erläutert der Pfarrer.

Wälder müssen Wirtschaft weichen

Doch diese Wälder sind bedroht, durch den Bevölkerungszuwachs, vor allem aber durch Gewinnstreben: von Großgrundbesitzer*innen, die hier seit vielen Jahren Holz schlagen, von der Ausweitung der Plantagenwirtschaft zum Export von Obst und Gemüse in reiche Länder des Nordens, vom Goldbergbau. Heute sind nur noch 20 Prozent der Wälder intakt. Das Wasser ist spürbar weniger geworden. Es waren die Chort'i Gemeinden, die mit der katholischen und der lutherischen Kirche eine Protestbewegung gegründet haben, um die Bergwälder zum Nutzen aller unter wirksamen Schutz zu stellen. Doch was so einleuchtend erscheint, hat eine Welle der Gewalt in Form von Morddrohungen gegen die indigenen Gemeinden ausgelöst, auch gegen Pfarrer José Pilar selbst. Exporterlöse scheinen wichtiger als Wasser für alle.

Sandra Moran erinnert daran, dass fast alle Freihandelsabkommen das Gewinnstreben der Unternehmen einseitig bevorzugen, Stichwort Schiedsgerichte: „Das Problem ist, dass im Rahmen der Freihandelsabkommen die Unternehmen zwar gegen die Staaten vorgehen können, wenn die zum Beispiel Umweltschutzgesetze beschließen, die angeblich den Gewinn der Unternehmen schmälern. Die Bevölkerung darf dagegen nicht gegen die Unternehmen vorgehen. Man hat da also ein Gerüst geschaffen, das ganze Staaten über Jahrzehnte den Interessen der großen Unternehmen ausliefert.“

Auch José María Villalta aus Costa Rica wehrt sich gegen dieses Ungleichgewicht: „Kein vernünftiger Mensch wird heute sagen, dass sich ein Land komplett abschotten sollte.

Das wäre absurd! Aber es sollten Verträge sein, die das Wohl aller und die Souveränität der Staaten im Auge haben und nicht nur die der transnationalen Unternehmen. Freihandelsverträge erheben den Neoliberalismus über die Verfassung. Diese Aufgabe von Souveränität und diese Privatisierung der Justiz sollte kein demokratisches Land akzeptieren!“ ■

Der Journalist und Community-Radioaktivist Markus Plate lebt seit zehn Jahren in Lateinamerika. Aktuell arbeitet er bei der NGO „Voces Nuestras“ in Costa Rica.

Verteidigerinnen für Maquila-Frauen

Rosa Escobar kommt aus der Arbeiterbewegung. Sie zog sich aber daraus zurück, weil die Frauenrechte in der Gewerkschaft nicht respektiert wurden und gründete stattdessen die Frauengruppe AMES (Asociación de Mujeres en Solidaridad).

Mit ihrem Team tritt sie für die Rechte der Arbeiterinnen in den Maquilas ein. Dafür sind sie insbesondere in den großen Vorstädten von Guatemala-Stadt, Villa Nueva und Villa Canales, aktiv, wo viele ausländische Textilfabrik-Besitzer*innen die Privilegien der Freihandelszonen genießen. Im Rahmen eines größeren vom BMZ geförderten Programms bildet AMES 30 Arbeitsrechts-Verteidigerinnen aus. Für diesen Teil des Programms fallen Kosten in Höhe von 4.500 Euro an.

Unterstützen auch Sie AMES bei ihrer Arbeit gegen Ausbeutung, indem Sie uns helfen, den Eigenanteil für das Projekt aufzubringen.

Stichwort » AMES GUATEMALA «

Honduras

Für Gleichberechtigung

„ In der Familie bestimmt der Mann und die Frau steht hinter ihm. Aber weil wir es können, müssen wir für unsere Rechte kämpfen. Für das, was wir wollen oder eben nicht wollen. Wir wollen die Frauen aufwecken! Sie wissen nichts über ihre Rechte. Ich weiß zwar auch nicht was morgen passiert, aber es ist wichtig, dass wir Frauen uns heute als Teil der Gemeinschaft fühlen und mitbestimmen können.“

Das sagt uns Maria Luisa aus Santa Barbara. Sie engagiert sich ehrenamtlich in ihrer Gemeinde als Multiplikatorin für das Frauenrechtszentrum „Centro de Derechos de Mujeres“ (CDM). Die CIR-Partnerorganisation setzt sich seit 1994 für die Gleichberechtigung von Frauen und für Demokratie ein. Wir unterstützen sie mit einem Projekt zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Daran nehmen 120



Frauen aus acht Gemeinden im Departement Santa Bárbara teil.

Um sie auszubilden und zu vernetzen, sollen Gemeindeversammlungen stattfinden. 525 Euro kostet die Ausrichtung einer Versammlung mit 80 Teilnehmerinnen.

Helfen Sie uns, dieses Geld für das CDM und die Frauen in Santa Bárbara aufzubringen!

Stichwort » CDM «

**Grundsätze
unserer
Projektarbeit**

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Nicaragua

Gemeinden an der Basis stärken

In den abgelegenen Gebieten an der Atlantikküste Nicaraguas gibt es meist keinen Pfarrer – so auch in Río Blanco, Wamblán, El Rama, Puerto Cabezas und Waslala. Dort kommt den Laien in der Gemeindepastoral eine zentrale Bedeutung zu. María José Delgado vom Equipo Teyocoyani sieht darin Herausforderung und Chance zugleich: „Mit befreiungstheologischer Bibellektüre und einer mehrstufigen, systematischen Ausbildung können wir die Gemeindeferantwortlichen und Katecheten stärken.“

Das wichtigste Prinzip dabei ist die Verbindung von christlicher Spiritualität und sozialer Verantwortung.

Für fünf Kurse in den oben genannten Gemeinden benötigt Equipo Teyocoyani 5.000 Euro.

Mit einer Spende von 25 Euro können Sie die Teilnahme einer Person sichern.



María Catalina Centeno Lopez empfängt stolz ihre Ausbildungsurkunde.

El Salvador

Bunte Vielfalt

In El Salvador, wie in vielen Ländern, werden die Rechte von Menschen mit nicht-heterosexueller Orientierung massiv verletzt. Dies fängt beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge an und äußert sich in schlechten Berufsaussichten. Doch immer mehr trauen sich, für ihre Rechte einzutreten und für sie zu kämpfen.

Die CIR unterstützt drei kleine Organisationen, die nicht-heterosexuelle Menschen beraten und sich politisch für ihre Gleichstellung einsetzen, bei der laufenden Arbeit

und der Finanzierung öffentlicher Veranstaltungen. In einem Land mit der meisten Gewalt weltweit und mit einer ausgeprägten Macho-Kultur haben sie eine Herkules-Aufgabe vor sich.

Bitte unterstützen Sie sie dabei.

Stichwort »TEYOCOYANI«

Stichwort »VIELFALT IN EL SALVADOR«

IHRE
SPENDE
HILFT

SPENDENKONTO

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren Partner*innen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Katholischen Fonds und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Honduras

Wo Journalismus und Aktivismus zusammengehen

Radio Progreso informiert und mobilisiert Gemeinden

Der honduranische Radiosender Radio Progreso berichtet hauptsächlich zum Thema Menschenrechte – und das schon seit 60 Jahren! Zum Jubiläum im Dezember 2016 besuchten wir unsere neue Partnerorganisation in Honduras, haben gratuliert und das 50-köpfige Team bei der Arbeit begleitet.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Unser Auto steht vor der Schranke der Mautstelle. Wir möchten von der Hauptstadt Tegucigalpa nach El Progreso fahren. Am Steuer sitzt Julio, Radiotechniker von Radio Progreso. Eigentlich wird jetzt von ihm erwartet, dass er das Fenster runterkurbelt und eine Gebühr entrichtet. „Wir weigern uns, die Maut zu zahlen, weil sie die Menschen hier ausbeutet“, sagt Pedro Landa, der auf der Rückbank sitzt. Als Referent für Ressourcengerechtigkeit bei Radio Progreso kennt er sich damit aus.



Er vergleicht die Maut mit dem Bergbau, denn auch dabei machen Unternehmen rücksichtslos Gewinne, indem sie ein bestimmtes Territorium kontrollieren. Nach wenigen Sekunden öffnet sich die Schranke, wir fahren durch – ohne bezahlt zu haben. Doch erst vor vier Wochen hielt ein Unternehmen vier Journalist*innen, darunter auch Pedro, illegal fest, weil sie zusammen mit einer Gemeinde gegen eine Mautstation demonstriert hatten.

Mit Bananen fing alles an

Während seiner sechzigjährigen Geschichte war es Radio Progreso immer wichtig, eine Stimme für soziale Bewegungen zu sein und aktiv daran teilzunehmen. Mit mobilisierenden Berichten stand der Sender gerade in den schwierigsten Zeiten den ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsgruppen zur Seite. Alles begann 1958, als Aktivist*innen in der Gemeinde Santa Rita im Department Yoro einen Radiosender gründeten, um den Generalstreik ausgebeuteter Bananenarbeiter*innen zu koordinieren.

„Damals hatte der Radiosender nur einen Kilometer Senderadius“, berichtet ein

Journalist in einer Reportage anlässlich des Jubiläums hörbar stolz auf die Entwicklung. In den 1960ern übernahm der Jesuitenorden den Radiosender und siedelte ihn im 20 Kilometer entfernten El Progreso an. Aber die ländliche Bevölkerung blieb dem Sender immer treu. „Die meisten unserer Zuhörer*innen kommen auch heute noch aus den abgelegenen Gemeinden. Für sie sind wir die wichtigste Informationsquelle, die wirklich kritisch über politische Entwicklungen berichtet“, sagt Pedro.

Aufgrund dieser Berichterstattung wurde der Sender schon zweimal geschlossen: Nach einem Staatsstreich 1979 und das zweite Mal im Juni 2009, nur wenige Stunden nach dem Putsch gegen den nach links gerückten Präsidenten Manuel Zelaya, der versuchte, aus dem korrupten Zwei-Parteiensystem auszubrechen. Der Interimspräsident Roberto Micheletti hatte die Sendestation in seiner Heimatstadt wohl besonders kritisch im Blick.

Gegen den Ausverkauf

Der Putsch rechter Politiker*innen und Militärs stürzte das Land nicht nur in eine schwere politische Krise, sondern ebnete auch den Weg für den Ausverkauf der Territorien an Bergbau-, Wasserkraft- und Agrarkonzerne. Die Konflikte, die daraus resultieren, sind heute mit die wichtigsten Themen von Radio Progreso. „Die Regierung lässt das Land regelrecht ausbluten“, fasst Pedro Landa zusammen. „Sie vergibt nicht nur unzählige Rechte zur Landnutzung an die Unternehmen, sondern hat auch noch Gesetze erlassen, um Gegner*innen von Großprojekten zu kriminalisieren.“ In der Folge werden Menschenrechtler*innen diffamiert, was in vielen Fällen zu tödlichen Attentaten führt. Das wohl bekannteste Opfer ist Berta Cáceres, die bis zu ihrem Tod versuchte, das Land der indigenen Lenca gegen ein Staudammprojekt zu verteidigen. Eine große



„Nein zur Maut, für dich und für deine Kinder“

Radio Progreso informiert die Menschen auch in entlegenen Dörfern.

Wandmalerei mit dem Gesicht Bertas ziert den Besprechungssaal des Radiosenders.

Bergbauprojekt vorerst verhindert

Samstags sendet Radio Progreso „Unser gemeinsames Haus“. Eine Sendung zu Umwelt-Themen, in der Pedro besonders über lokale Kämpfe berichtet. Zusätzlich zur Radioarbeit unterstützen die Mitarbeiter*innen aktiv betroffene Gemeinden. Um diese Arbeit kennenzulernen, fahren wir im Pickup zwei Stunden auf Schotterstraßen und durch seichte Flüsse zur Gemeinde Nueva Esperanza. Dort besuchen wir Aktivist*innen, die es geschafft haben, zumindest fürs Erste den Bau einer Eisenerz-Mine zu verhindern. Eine Aktivistin erzählt uns, dass der Widerstand nur erfolgreich war, weil die Gemeinde zusammengehalten hat – auch als Polizei und schwerbewaffnete Todesschwadronen anrückten. „Die Regierung >

In Nueva Esperanza unterstützt ERIC die Dorfbewohner*innen und lokalen Aktivist*innen im Protest gegen Bergbau.



interessiert sich nur aus wirtschaftlichem Interesse für unsere Gemeinden“, bedauert sie. Zusammen mit der angeschlossenen Forschungs- und Bildungsorganisation ERIC sensibilisiert Radio Progreso die Gemeinden für die Auswirkungen des Bergbaus und hilft ihnen, Bürgerinitiativen oder Gerichtsklagen anzustoßen. Mit ihrem Netz lokaler Korrespondent*innen, die Informationen schnell in die Gemeinden tragen, rettete ERIC auch Kevin Ramírez, einen 21-jährigen Gegner eines Staudamms, für dessen Ermordung andere Gemeindemitglieder bereits einen Killer bezahlt hatten.

Journalist*innen in Lebensgefahr

Auch die Mitarbeiter*innen von Radio Progreso werden massiv bedroht. 15 Personen erhalten Personenschutz vom Staat, weil sie Morddrohungen bekommen haben. Die Schutzleute sind für die Polizei

willkommene Spitzel. Auch die politische Lage erschwert die Arbeit von Radio Progreso und ERIC: „Unter der Regierung von Juan Orlando Hernández, der im Moment eine illegale Wiederwahl anstrebt, wird Honduras immer autoritärer. Die Toleranz gegenüber Protest und die Unabhängigkeit der Institutionen schwinden immer mehr“, sagt Joaquín Mejía. Als Rechtsexperte bei ERIC stößt er mit seinen Gerichtsklagen oft an die Grenzen eines autoritären Staates.

Auch Musik gibt es bei Radio Progreso. Denn trotz dieser schwierigen Lage wollen die Aktivist*innen nicht in Fatalismus verfallen. Stattdessen versuchen sie, eine positive Stimmung an die Hörer*innen weiterzugeben, ganz in der Tradition der lateinamerikanischen Protestmusik. „Gegen den Strom schwimmend werden wir Mutter Erde verteidigen, deren Leben auch meines ist“, singt die hauseigene Band Son de Pueblo im Kampagnensong „MadreTierra“.



Hören Sie das Kampagnen-Lied „MadreTierra“ auf Youtube und Radio Progreso unter www.radioprogresoHN.net

Soziale Bewegungen unterstützen!

Radio Progreso und ERIC beteiligen sich an einem mittelamerikanischen Projekt zu Bergbau und Menschenrechten, das die CIR finanziell fördert. Neben je einer weiteren Organisation in El Salvador, Guatemala, und Nicaragua sind sie unsere Partner*innen in Honduras, die Bürgerinitiativen koordinieren und politische Lobbyarbeit für Menschenrechte und Umweltschutz in Bezug auf Rohstoffabbau betreiben.

Unterstützen Sie das Projekt mit einer Spende und zeigen Sie den Menschenrechtler*innen: Ihr seid nicht allein im Kampf gegen ausbeuterischen Bergbau!

Stichwort » BERGBAU MITTELAMERIKA «



Konform mit dem Wunsch vieler Salvadorianer*innen steht auf diesem Basketball-Korb: „Lasst uns in sozialem Frieden und gegenseitigem Respekt leben“

El Salvador

Freiräume nutzen

*Jedes Jahr reist unser Referent für El Salvador, Maik Pflaum, in das kleine mittelamerikanische Land. Und jedes Jahr ist er ebenso erschüttert über die Gewalt, wie er von unseren mutigen Partner*innen beeindruckt ist. Trotz gravierender Probleme gibt es zahlreiche Akteur*innen, die ihr Umfeld positiv gestalten.*

TEXT: MAIK PFLAUM (CIR)

Zwei große Themen bewegen die Menschen in El Salvador: Die hohe Gewaltrate und die wirtschaftliche Situation. El Salvador ist eines der gefährlichsten Länder der Welt, die Mordrate liegt bei über 100 Toten pro 100.000 Einwohner*innen. In Deutschland sind es 0,4, in Mexiko 15 Tote. Seit 2009 hat das kleinste mittelamerikanische Land eine linke Regierung, nach Jahrzehnten der Diktaturen und rechtsextremen Regierungen. Die Linkspartei FMLN, die nach dem Ende des Bürgerkrieges 1992 aus der Guerilla hervorgegangen ist, setzte anfangs auf Deeskalation,

Bildung und eine verbesserte Gesundheitsversorgung. Aber mittlerweile steht der Staat vor der Zahlungsunfähigkeit. Dekaden korrupter Regierungen haben das Land überschuldet; Unternehmen bleiben Steuern in Millionenhöhe schuldig und werden nicht belangt. Der internationale Währungsfonds empfahl bereits, die Mehrwertsteuer anzuhöhen, was die Regierung ablehnt, tröfe dies doch die Ärmsten überproportional hart.

Im Parlament herrscht ein Patt zwischen Rechts und Links, der das politische Leben zum Erliegen bringt. Die Opposition blockiert, >



was blockiert werden kann und führt die FMLN-Regierung regelmäßig vor. Selbst der Erzbischof von San Salvador hat die rechte Opposition aufgerufen, die totale Blockadehaltung aufzugeben.

Mittlerweile schlägt die Regierung mit Armee und Polizei brutal gegen die bewaffneten Banden, die große Teile des Landes tyrannisieren, zurück – und trifft oft auch Unschuldige. Gerade jüngere Menschen sehen die einzige Chance in der Migration in die USA. Man hört Zahlen von 100 bis 500 Personen, die sich täglich Richtung Norden auf den Weg machen. Mitarbeiter des Centro Bartolomé de las Casas berichten, dass aus einer ihrer Jugendgruppen von ursprünglich 15 Mitgliedern bereits zehn in die USA migriert sind. Wegen des strengeren Kurses der neuen US-Regierung unter Trump herrscht aber große Verunsicherung, ob die illegal in die USA eingereisten Migrant*innen auch dort bleiben können. 4,5 Milliarden US-Dollar überweisen sie jedes Jahr an ihre Familien, die in El Salvador zurück geblieben sind. Das sind 17 Prozent des salvadorianischen

Brutto-Inlandsproduktes. Ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor.

Die Mehrheit will in Frieden leben

Trotz aller Schreckensszenarien darf man nie aus den Augen verlieren, dass in El Salvador sechs Millionen „ganz normale Menschen“ leben. Sie gehören keiner kriminellen Bande an und wollen auch zukünftig in ihrem Heimatland friedlich leben. Sie meistern ihren Alltag, erziehen ihre Kinder, arbeiten. Und kämpfen für ein besseres und gerechteres Leben.

Diesen Weg beschreiten auch die von der CIR unterstützten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Besonders beeindruckend ist hier SITRASACOSI. Der Gewerkschaftsverbund wurde von Maquila-Näherinnen gegründet, die bis 2005 in der Fabrik Hermosa unter anderem für Adidas gefertigt hatten und die vom Besitzer geschlossen wurde, weil die Frauen eine Betriebsgewerkschaft gründeten. Seitdem stehen sie auf schwarzen Listen, finden in keiner anderen Fabrik mehr eine Anstellung. Das konnte sie nie entmutigen: Mittlerweile haben sie SITRASACOSI als Dach gegründet, unter dem sich mehrere Fabrikgewerkschaften organisieren. Die Präsidentin ist Estela Ramirez. Sie war auch der Kopf der Hermosa-Gewerkschafterinnen und auf unsere Einladung hin schon mehrmals für Vorträge in Deutschland. Im November traf sie sich in den USA mit den Besitzern der Modemarke Fruit of the Loom. Diese betreiben Nähfabriken in El Salvador. Dank der Arbeitskämpfe dort mussten sie mit Estela verhandeln. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Das Unternehmen hat zugestimmt, einem Kollektivvertrag auszuhandeln, der auch in anderen Fabriken gelten wird, und lässt Schulungen durch die Gewerkschaft in den Betrieben zu.

Sie wissen, warum

sie arm sind

Zur jährlichen Generalversammlung von SITRASACOSI Ende November kamen 80 Mitglieder. Trotz der etwas trockenen Tagesordnung mit den nötigen Formalien wie Wahlen und Kassenbericht, ist die Stimmung heiter und kämpferisch. Die meisten sind Frauen, Näherinnen in verschiedenen Maquilas. Mittlerweile kennen alle ihre Rechte in den Betrieben. Und sie fordern sie ein. Das führt oft zu Konflikten mit den Vorgesetzten, aber hat sie als Gewerkschaft zusammengeschweißt. Und wenn eine von ihnen krank ist oder das Geld für den Sarg eines verstorbenen Familienmitgliedes fehlt, dann wird zusammengelegt. Alle sind arm, aber sie stützen sich. Und sie wissen, warum sie arm sind: weil einige Wenige zu viel haben und weil die Markenunternehmen den Großteil der Gewinne einstecken.

Carlos Rodrigues, langjähriger Generalsekretär der Landarbeiterorganisation ANTA, betont das Positive an der aktuellen Regierung. Unter der linken Regierung sei vieles möglich, was die rechten Vorgänger*innen nie gefördert hätten. Diese Freiräume nutzt ANTA, um ihre Mitglieder zu schulen und zu organisieren und den kleinbäuerlichen Sektor – traditionell einer der verwundbarsten in der Wirtschaft El Salvadors – zu stärken. So erhält ANTA große Unterstützung vom Landwirtschaftsministerium beim Ausbau der Garnelenzucht. Sie ist Teil einer Strategie, ANTA weniger abhängig von externen Geldgebern zu machen, nicht zuletzt, weil die Entwicklungszusammenarbeit, vor allem mit Spanien, seit Jahren nachlässt.

Andere sind kritischer, machen auch die Linkspartei FMLN für Misswirtschaft und Vetternwirtschaft verantwortlich. Einige sagen sogar, sie würden nicht mehr zur Wahl gehen. Für die Rechte könnten sie niemals stimmen; aber für eine derart desolante FMLN, die zudem jegliche auch konstruktive

Kritik im Keim zu ersticken versuche, auch nicht mehr. Bei den Parteien in El Salvador liegt Vieles im Argen. Einiges kann man verstehen oder zumindest erklären, Anderes nicht. Das unterstreicht einmal mehr, wie unverzichtbar es ist, die zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stützen. ■



Sie sind viele und sie sind hartnäckig:
Die Arbeiter*innen von SITRASACOSI.

Gemeinsam stark!

Seit vielen Jahren kooperiert die CIR eng mit ihren Partner*innen in El Salvador. Frauenorganisationen, Basisgemeinden, Gewerkschaften, Landarbeiter*innen-Gremien – sie alle sind nah dran an den benachteiligten Menschen. Sie kennen die Sorgen und Nöte. Gemeinsam entwickeln sie Forderungen und Strategien und machen sie hörbar. Unabhängig von politischen Großwetterlagen. Ohne eine starke Zivilgesellschaft funktioniert gerechtes Zusammenleben nicht.

Honorieren Sie den Mut dieser Menschen und unterstützen Sie uns hierbei bitte mit einer Spende.

Stichwort
» ZIVILGESELLSCHAFT
EL SALVADOR «

Guatemala

Bunte Vielfalt nur für die Tourist*innen

Maya kämpfen für die Anerkennung ihrer Webkunst als kollektives Eigentum

Der „juristische Pluralismus“ ist derzeit ein heiß diskutiertes Thema in Guatemala. Soll indianische Rechtsprechung verfassungsmäßig zugelassen werden, wie es zum Beispiel in Kolumbien oder Ecuador schon der Fall ist? Die kreolische Oligarchie in Guatemala, namentlich Unternehmer- und Richterverband, sind dagegen. Die Maya möchten, dass ihre Konfliktlösungsmechanismen endlich anerkannt werden. Eine Verfassungsänderung wäre eine wichtige Errungenschaft. Noch wird im Parlament heftig gerungen. In diesem Zusammenhang steht der Artikel unserer Partnerin Angelina Aspuac. Sie ist Kaqchiquel-Maya und hat eine Bewegung zur Sicherung des geistigen Eigentums für Maya-Kleidung und -designs ins Leben gerufen. Es ist ihr Schritt gegen die fortbestehende Diskriminierung der Indigenen in Guatemala.

TEXT: ANGELINA ASPUAC ÜBERSETZUNG:
ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)



In der Schule wurde uns beigebracht, dass wir „Indios“ vor der Kolonialisierung weder Kleidung, noch eine Seele hatten. Mit der Kolonialisierung seien wir in „Indio-Völker“ aufgeteilt worden, uns wurden Trachten und somit Kleidung gegeben. Da stellt sich die Frage: Wie haben wir uns vorher gegen die Witterung im Hochland Guatemalas geschützt? Haben wir die Kälte nicht gespürt? Natürlich! Wir sind ja Menschen.

Wir sind nicht mittellos gewesen und haben viele Dinge geschaffen, teils tausend Jahre vor Christi Geburt. Viele anthropologische Studien zeigen dies ebenso wie archäologische Fundstücke: Stelen, Wandgemälde, Gefäße und vieles mehr zeigen die Kleidungsstücke unserer Vorfahren und deren Muster. Symbole daraus kommen auch in der aktuell von uns gewebten Kleidung vor. Sie entspringen der Philosophie und Kosmvision unserer Völker. Hier findet sich unsere Geschichte wieder. Im Zusammenspiel der Muster, deren Geometrie und der Farben kommt die Verbindung zu unserer Kultur wie auch zur Natur zum Ausdruck. Es ist eine Kunst und eine Wissenschaft, unsere Kleidungsstücke herzustellen. Nur ist es nicht als Kunst und



Die Webkunst wird bei den Maya von Generation zu Generation weitergegeben.

Wissenschaft anerkannt, obgleich bis heute ein großer Teil der Maya in Guatemala Maya-Trachten trägt.

Jedes Kleidungsstück ist Teil des Kollektivs

Den Brauch aufrechtzuerhalten, die Kleidung in ihren Designs weiter herzustellen und zu tragen, ist ein historischer Prozess und Ausdruck des Widerstands der Maya-Völker in einem offensichtlich rassistischen Land. Der Rassismus führt dazu, dass das, was wir erschaffen haben, abgewertet wird. Die Kreationen unserer indigenen Völker werden geraubt, häufig genug imitiert und billig kopiert.

Vor diesem Hintergrund haben wir Maya, Weber und Weberinnen, uns zu einer Bewegung zusammengefunden, um unser künstlerisches Erbe, die Designs unserer Kleidung, zu verteidigen, und den Staat aufzufordern, das kollektive geistige Eigentum unserer Maya-Textilien unter Schutz zu stellen. Statt es zu achten, wird es derzeit ausgeschlachtet, kommerzialisiert und missbraucht. Damit werden die Regeln in unseren Gemeinden ebenso verletzt wie unsere Spiritualität.

Wir Weberinnen fordern, dass das Recht auf Schutz geistigen Eigentums für das Kollektiv anerkannt wird. Wir sind ausdrücklich nicht auf die Anerkennung einer individuellen Urheberschaft aus, da wir uns als Teil der kollektiven Gemeinschaft der Maya verstehen. Für uns ist klar, dass das Huipil (bestickte Bluse für Frauen) und alle Kleidungsstücke, die wir auf unseren Körpern tragen, Teile des Kollektivs sind, egal von welcher Ethnie jemand ist. Deshalb gilt es für uns, diese kollektive Urheberschaft zu schützen.

Wir werden nicht beteiligt

Wir fragen uns, wie viel Guatemala jährlich am Tourismus verdient. Für 2014 spricht die Tourismus-Behörde INGUAT von Deviseneinnahmen in Höhe von 762 Millionen US-Dollar. INGUAT wirbt auch mit der ethnischen Vielfalt Guatemalas. Von diesen Tourismus-Einnahmen erhalten wir Weberinnen kaum einen Anreiz zum Schutz unserer Textilkunst, noch zur Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Ethnien. Stattdessen sehen wir, wie Maschinen patentiert werden, mit denen in unlauterem Wettbewerb die von uns entworfenen Designs kopiert werden. Überdies

werden unsere Web-Muster leicht geändert auf den Markt gebracht, wodurch das, was wir über lange Generationen tradiert und aufrechterhalten haben, schutzlos preisgegeben wird. Es verletzt uns, zu sehen, dass im Ausland mit Huipil tragenden Maya-Frauen Werbung gemacht wird und dieselben Frauen mit denselben Blusen im Inland rassistisch behandelt werden.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Textilwirtschaft, aber wir sind gegen unlauteren Wettbewerb, weil er uns als Urheber*innen und Träger*innen der Kleidung nicht anerkennt. Und er führt dazu, dass sich Dritte ungerechtfertigt unserer Kreationen bemächtigen. Sie verschachern sie auf den Märkten, machen unsere Kleidung zur Massenware, ohne dass die eigentlichen Akteur*innen gebührend beteiligt sind. So gibt es größere Firmen, die damit nennenswerte Summen verdienen. Warum kommt es zu diesen Ungleichheiten?

“Textilien sind Bücher, die die Kolonialherrschaft nicht verbrennen kann!”

FRAUEN VON AFEDES

Mehr als bunte Farben

Schutz, Sicherheit und Kontrolle der schöpferischen Werke unserer Ethnien sind unerlässlich, damit in der Zukunft Motivation und Nutzung unserer Kleidung in unseren Händen bleiben. Hier ist der rechtliche Rahmen nur ein Aspekt, wenngleich kein unwichtiger.

Die Herausforderung für das Land ist es, die Perspektive und das Bewusstsein für unsere Kreationen zu weiten, damit sie nicht nur als Zubehör oder Kunsthandwerk wahrgenommen werden, sondern ihre geschichtliche Dimension zutage tritt: Wir haben uns in mehr als 500 Jahren Widerstand artikuliert und entwickelt. Im Kern zeigen die Maya-Völker damit ihre Weisheit. Die Muster zeigen mehr, als bunte Farben: Sie zeugen davon, dass wir Maya lebendig sind, und von unseren Beziehungen zum Kosmos und unserer tiefen Liebe für das Leben. ■

Mit Leidenschaft für Maya-Rechte

Angelina Aspuacs Organisation AFEDES koordiniert 650 Maya-Frauen, die für den Schutz des geistigen Eigentums am Stil und an der Machart ihrer Webe-Arbeit eintreten. Weil das geltende guatemalteckische Patent-Gesetz kollektives Eigentum an Stil und Machart des Maya-Kunsthandwerk nicht schützt, hat es in Guatemala-Stadt bereits Demonstrationen gegeben. Bis ihr Erbe gewahrt wird, wird AFEDES weiter organisieren. In den drei Regionen Quiché, Alta Verapaz und Baja Verapaz will AFEDES dazu Seminare mit den Maya-Weberinnen durchführen, die 2.500 Euro kosten. Für weitere 2.500 Euro kann eine Juristin einem Rechtsgutachten erstellen.



Die CIR hat AFEDES hierbei Unterstützung zugesagt. Wir freuen uns, wenn Sie dieses wichtige Anliegen in den Maya-Gemeinden unterstützen.

Stichwort » MAYA-WEBERINNEN«



Anna Backmann (CIR) und Christian Russau (Kritische Aktionäre) überreichen ThyssenKrupp Vorstand Dr. Heinrich Hiesinger die Liste mit den 31.534 Unterschriften.

**STOP
MAD MINING**

KAMPAGNEN-ERFOLG: ThyssenKrupp macht ersten Schritt Richtung Menschenrechte

Nach unserem gemeinsamen Protest auf der ThyssenKrupp-Hauptversammlung erweitert das Unternehmen seinen Lieferantenkodex. Nun kommt es darauf an, ob Taten folgen! TEXT: ANNA BACKMANN (CIR)

Am 26. Januar fand die jährliche Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG statt und wir waren zusammen mit den kritischen Aktionärinnen und Aktionären, Urgewald und FUGe (Forum Umwelt für gerechte Entwicklung) mal wieder vor Ort, um den Konzern an seine unternehmerische Verantwortung zu erinnern und kritische

Fragen zu stellen. Im Gepäck hatten wir Ihre 31.534 Unterschriften auf unserer Petition „DIEBSTAHL“, die wir persönlich an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Heinrich Hiesinger überreichen konnten. Sie verließ unserer bis dahin gänzlich unerfüllten Forderung vom letzten Jahr Nachdruck, ThyssenKrupp möge bei seiner Rohstoffbeschaffung aus



Danke an alle Unterzeichner*innen!

Wir möchten uns herzlich bei jeder einzelnen Person bedanken, die sich an unserer Protestaktion zu ThyssenKrupp beteiligt hat. Jeden Tag haben wir uns gefreut, in den Briefkasten zu schauen und zu sehen, wie viele Postkarten dort auf uns - und damit später auf ThyssenKrupp - warteten, oder auf welchem neuen Stand der Zähler der Online-Petition bei unserem Partner SumofUs steht. Auf der Hauptversammlung konnten wir alle Unterschriften - insgesamt 30.525 online und 1.282 Protestpostkarten - an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Heinrich Hiesinger überreichen. Alle später hinzukommenden Unterschriften werden wir nachträglich an das Unternehmen weiterreichen.

Vielen Dank und herzliche Grüße vom
Rohstoff-Team der CIR!

Wenn Sie unsere Kampagne
weiterhin oder auf anderem Wege
unterstützen möchten

Stichwort
» STOP MAD MINING «

Mosambik endlich dafür sorgen, dass seine Lieferanten die Menschenrechte einhalten.

ThyssenKrupp bezieht regelmäßig Koks- kohle vom Bergbau-Unternehmen Vale und kaufte in den Jahren 2013 und 2014 auch kleine Mengen des Rohstoffs vom Bergbaukonzern Rio Tinto. Beide Zulieferer sind keine unbeschriebenen Blätter in Bezug auf Umwelt- und Menschenrechtsverletzung. Um in der Region Tete Kohle abbauen zu können, siedelten sie insgesamt über 1.000 Familien in entlegene Regionen um. Dort haben die Menschen schlechten Zugang zu Wasser, unfruchtbare Böden, baufällige Häuser mit schlechter Verkehrsanbindung und kaum Jobmöglichkeiten.

ThyssenKrupps Verantwortung

Die Verantwortung von ThyssenKrupp hierfür ergibt sich aus den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: Jedes Unternehmen muss seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette nachkommen, auch bei Wirtschaftstätigkeiten im Ausland.

Die Methoden, mit denen ThyssenKrupp das bisher zu gewährleisten versucht, lassen sehr zu wünschen übrig: Seine Lieferanten müssen Selbstauskünfte erteilen und einen Lieferantenkodex unterschreiben. Der beinhaltet aber bislang nicht den Schutz von Gemeinden, die direkt vom Bergbau betroffen sind, wie etwa die umgesiedelten Menschen in Mosambik. Also konnten Vale und Rio Tinto den Lieferantenkodex sorgenfrei unterschreiben und ThyssenKrupp wiederum benutzt ihn als Freifahrtschein, um auf weitere, ernst gemeinte Maßnahmen verzichten zu können.

Im Rahmen der Kampagne Stop Mad Mining fordern wir deshalb schon seit über einem Jahr, dass ThyssenKrupp die Menschen, die vom Bergbau betroffen sind, erst einmal

in seinen Lieferantenkodex aufnimmt. Damit wäre zumindest eine Basis geschaffen, um deren Rechte zu schützen.

Protest zeigt Wirkung

Zumindest dieser Forderung ist das Unternehmen im Kontext unserer Proteste auf der Hauptversammlung nachgekommen. Der neue Zulieferkodex enthält jetzt einen Zusatz zu Konfliktmineralien, es gilt ein neuer Bezug zur Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, auf die sich auch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte berufen, und der Schutz der Rechte von Dritten durch die Zulieferer. Weiter sollen alle Rohstoffe aus legalen Quellen stammen.

Was bedeutet das?

Die Erweiterung des Lieferantenkodex um den Schutz der Rechte Dritter begrüßen wir – auch wenn das mit den laschen Instrumenten der Selbstauskünfte und angekündigten Kontrollen nur schwer überprüfbar ist. Es bleibt auch hier abzuwarten, inwiefern ThyssenKrupp seinen eigenen Grundsätzen nachkommt. Die „Rechte Dritter“ ist außerdem ein dehnbare Begriff, der auf viele „Dritte“ zutreffen könnte, beispielsweise auch auf Investoren.

Dranbleiben im Fall Mosambik

Was offen bleibt, ist die Frage nach der gerechten Entschädigung durch ThyssenKrupps Zulieferer für diejenigen, die zwangsumgesiedelt wurden. Hier bleiben wir bei unserer Forderung, dass ThyssenKrupp dafür sorgen muss, dass seine Zulieferer die Menschen in

Anna Backmann (CIR) stellt dem Vorstand vor versammelter Teilhaberschaft unbequeme Fragen.



Mosambik angemessen und fair entschädigen. Unsere Partner in Mosambik berichten, dass sich für die Menschen dort noch nichts geändert hat. ThyssenKrupps Antwort auf unsere Fragen bei der Hauptversammlung blieb vage: Sie hätten natürlich auch mit Menschen aus der Region und nicht nur mit den eigenen Zulieferern gesprochen, um sich von der menschenrechtlichen Situation vor Ort zu überzeugen. Alle umgesiedelten Familien würden von den Maßnahmen wie einem Krankenhaus, einer Aidshilfestation, einer Schule, einer Sportstätte, Beratungsangeboten zu Ackerbau und so weiter profitieren, aber einige hätten Angebote des Unternehmens zur Reparatur der Häuser sogar abgelehnt. Für uns als CIR bedeutet das: Sie beharren auf ihrer Aussage: „Eine Verletzung von Menschenrechtsstandards kann aktuell nicht festgestellt werden.“ Wir bleiben weiter an dem Fall dran. Unser Anliegen ist es, dass die Menschen aus Moatize, Cateme und Mualadzi angemessen entschädigt werden, für die Ungerechtigkeiten, die ihnen widerfahren sind und immer noch widerfahren. ■



Bis bald auf dem Kirchentag!

„Du siehst mich!“, unter diesem Motto steht der Evangelische Kirchentag im Reformationsjahr 2017. Damit möchte der Kirchentag vom 24. bis 28. Mai in Berlin und der Luther-Stadt Wittenberg Gedanken zum Thema Aufmerksamkeit anregen.

Während es in den Medien nur noch um die USA und ihren aufmerksamkeits-süchtigen Präsidenten zu gehen scheint, möchten wir eine Brücke nach Mittelamerika schlagen. Wir machen auf die unwürdigen Arbeitsbedingungen auf Plantagen und in Fabriken im globalen Süden aufmerksam. An unserem Stand auf dem Kirchentag (**Messe Berlin, Halle 2.1., Stand C14**) möchten wir konkret mit Ihnen in Dialog treten über die Frage:



Wie können wir sowohl politisch als auch konkret mit unserem Einkauf Discounter und Supermärkte dazu bringen, ihre Aufmerksamkeit auch auf die Menschen in ihren Lieferketten zu lenken?

Ein weiterer Termin zum Vormerken

Auf unserer Herbsttagung am 21. Oktober werden wir nicht nur **über** Rohstoffabbau und die Verantwortung deutscher Unternehmen sprechen, sondern auch **mit** den Menschen, die vom Bergbau in Mittelamerika direkt betroffen sind. Dazu laden wir Sie schon jetzt herzlich in die ESG Münster ein.

FOTO: CIR-ARCHIV

IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei Dauerspender*innen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Öffentlichkeitsarbeit
 Projekt-/Öff.-Arbeit Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen.

Wieder da:
FADENKREUZE
Geknüpfte Kreuzanhänger
unserer Partnerorganisation
CRIPDES in El Salvador

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Broschüre: Romero Stiftung	gegen Porto	
RomeroZeitung 2015 – anlässlich der Seligsprechung Romeros		
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	2,50	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft		

Faire öffentliche Beschaffung		
Flyer: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Stadt?		
Praxisleitfaden: ILO-Kernarbeitsnormen und Fairer Handel beim Einkauf von Dienstbekleidung	2,00	
Leitfaden: Wegweiser zur sozial verantwortlichen Beschaffung in Kommunen	4,00	

Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Infoblatt: Das öko-faire Gotteshaus	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Kirche?		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in Kirchen	5,00	

Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) <input type="checkbox"/> spanisch <input type="checkbox"/> deutsch	6,00	

Kampagne für Saubere Kleidung	Euro	Expl.
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Spiel: Fit For Fair – Foto-Memospiel zum Thema Bekleidungsindustrie	10,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)	15,00	
Hintergrund: #SAUBEREKLEIDUNG	gegen Porto	
Faltblatt: Fit For Fair für Sportler*innen und Vereine		
Aktionskarte für kritische Konsument*innen: „Ich möchte die ganze Rechnung sehen!“		
Infopakete: Saubere Kleidung		
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt	6,00	

Supermärkte	Euro	Expl.
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild beiliegend	gegen Porto	
Infoblatt: Ausbeutung in Chicken Nuggets		
Sticker: Sklavenarbeit		
Aktionszeitung: Hauptsache billig?		
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen, 10 Methodenblättern, vielen Aktionsmaterialien	15,00	
Werkmappe: Supermärkte in die Verantwortung nehmen!	5,00	
Postkartenkatalog: Food Vision Photo Contest	2,00	

Ethischer Konsum		
Infopaket: Ethischer Konsum	gegen Porto	
Aktionsmaterial und Kund*innenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen		
Aktionskarte: Gaben & Begabungen teilen		
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
6-teilige Plakatserie zum Thema Ausbeutung in der Bekleidungs- und Orangensaftherstellung	20,00	
Prospektpersiflage: Was hinter den Schnäppchen steckt KIK <input type="checkbox"/> ALDI <input type="checkbox"/> LIDL <input type="checkbox"/>	gegen Porto	

Ausgepresst! Orangensaft-Produktion im Fokus		
Aktionszeitung: Ausgepresst! Orangensaft im Fokus von der Plantage bis zum Supermarkt	gegen Porto	

Rohstoffe		
Studie: Diebstahl – Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt	4,00	
Infopaket: Rohstoffe	gegen Porto	
Goldbroschüre: Schöner Schein...		
Flyer: Stop Mad Mining		
Aktionszeitung: Begrabene Menschenrechte - Bergbau in Mittelamerika und Mexiko		
Aktionszeitung: Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur?		

Kaffee-Kampagne		
Kaffeebarometer 2014	3,00	

Geschenkideen		
Fadenkreuze aus El Salvador	1,50	
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)		
3 cm (Anhänger)	3,00	
13 cm	8,00	
20 cm	10,00	
29 cm	13,00	

Name/Organisation _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster

Telefon 0251 - 67 44 13 -0
Fax 0251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

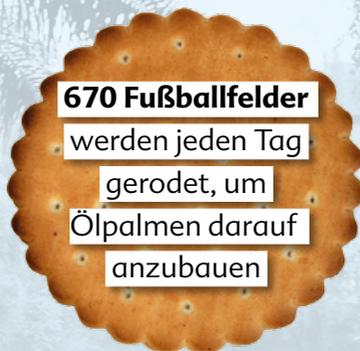
Bankverbindung
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



Gerechtigkeit für meine Süßigkeiten

Stoppen Sie mit uns die Ausbeutung von Umwelt und Menschen

Ob Weihnachten, Valentinstag oder aktuell Ostern – irgendeinen Grund gibt es immer für Supermärkte und Discounter, ihre Regale mit Schokolade und feinem Gebäck vollzupacken. Die Inhaltsstoffe der Süßigkeiten kommen vor allem von Plantagen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Kampagne SUPPLY CHA!NGE hat in Studien zu Anbau und Ernte von Palmöl, Zucker und Kakao untragbare soziale und ökologische Folgen ans Licht gebracht: Menschen arbeiten unter unwürdigen Bedingungen auf den Plantagen, Monokulturen zerstören die Böden und das Trinkwasser wird von chemischen Düngern und Pestiziden verschmutzt.



Beispiel Palmöl

Die Hälfte des weltweit verkauften Palmöls kommt aus Indonesien. Der Großteil davon wird auf Plantagen angebaut, die tausende von Hektar umfassen. Intransparent und ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung wird hierfür Land enteignet. Dabei missachteten Unternehmen die traditionellen Landrechte der indigenen Bevölkerung. Betroffene indonesische Bauern und Bäuerinnen berichten in einer unserer aktuellen Studie von Korruption, Einschüchterungen und Verhaftungen ihrer Mitstreiter*innen.

Das muss sich ändern

Obwohl transnationale Konzerne immer wieder für gravierende Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung verantwortlich sind, gibt es bis heute keinen globalen Vertrag (Treaty), der sie zu wirklicher Verantwortung verpflichtet. Das wollen wir ändern und fordern deshalb die europäische Politik auf, sich aktiv in den „Treaty-Prozess“ der Vereinten Nationen einzubringen.

Wir solidarisieren uns mit den betroffenen Gemeinden und unterstützen ihren Einsatz für Gerechtigkeit. Geben auch Sie ihnen Ihre Stimme in dieser Petition:

you.wemove.eu/campaigns/gerechtigkeit-fur-meine-kekse

Weitere Infos und Studien finden Sie unter www.supplychange.org/produkte

